Pressemitteilung zur PK am 10. November im Neuen Rathaus Linz

Gemeinsame Initiative Gemeinsam gegen Rechtsextremismus in OÖ



Bürgermeister:innen werden aktiv als Antifaschist:innen

Stefan Krapf (ÖVP), Gmunden, **Ines Schiller (SPÖ)**, Bad Ischl, R**udi Hemetsberger (Grüne)**, Attersee am Attersee und **Peter Schobesberger (SPÖ)**, Vöcklabruck, setzen sich parteiübergreifend für ein friedliches und demokratisches Miteinander ein – und setzen dem Rechtsextremismus aktive antifaschistische Arbeit entgegen. Österreich hat laut Staatsvertrag einen antifaschistischen Auftrag laut Rechtsgutachten Univ. Prof. DDr. Heinz Mayer im Auftrag des MKÖ, DöW und Antifa Netzwerk OÖ.

Rechtsextremismus im Salzkammergut - Bürgermeister:innen bekennen sich zu Antifaschismus
1.986 rechtsextremistische Tathandlungen (Verfassungsschutzbericht des BMI 2025), davon 350 in Oberösterreich Auch das sogenannte Bundeslager der Identitären am Laudachsee 2025 steht exemplarisch für die Gefahr des Rechtsextremismus. Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung und Gernot Schmidt, bis vor kurzem parlamentarischer Mitarbeiter eines FPÖ Abgeordneten im Nationalrat. Große Gefahr durch Verbindungen Rechtsextremer ins Herz unserer Demokratie. Der Widerstand dagegen beginnt auf Gemeindeebene und muss von der Lokalpolitik und großen Teilen der Bevölkerung unterstützt werden.

Stefan Krapf (ÖVP): Bürgermeister von Gmunden: „Es ist ein hohes Gut, dass wir in Österreich in einem freien, demokratischen Land in Frieden leben dürfen. Daher sollten wir sehr achtsam sein und etwaigen Tendenzen, Gruppierungen und Institutionen, die Frieden, Demokratie und Menschenrechte gefährden, mit Nachdruck und in aller Klarheit entgegentreten. Dazu zählen zum Beispiel die Identitären, die im Sommer 2025 in Gmunden ein geheimes Zusammentreffen veranstaltet haben. Als Bürgermeister der Stadt Gmunden distanziere ich mich in aller Deutlichkeit von den Identitären als rechtsextreme und faschistische Bewegung."

Arbeit in den Gemeinden – mit Kultur und Diskussionsveranstaltungen und Plakaten auf Menschen zugehen

„Nichts ist so effektiv ist, wie der persönliche Austausch mit Menschen auf der Straße" – so die Erfahrung von **Sonja Lang vom** Bündnis Vöcklabruck gegen Rechts. **„**Genau hier sehen wir das Potential von Bürgermeister*innen, die mit den Menschen in ihren

Gemeinden in engem Kontakt stehen und in ihrer Vorbildfunktion viele Menschen erreichen können“.

Rudi Hemetsberger (Grüne) – Bürgermeister Attersee am Attersee: „Diese parteiübergreifende Initiative ist ein wichtiges Signal zur Verteidigung unserer demokratischen Werte. … Der Kampf gegen den Faschismus ist täglich zu führen, darf niemals zur Phrase verkommen … Er wirkt durch Tun oder Unterlassen. Insbesondere durch die Entscheidung, ob man bereit ist mit Parteien zu koalieren, die zumindest Berührungspunkte zum Rechtsextremismus aufweisen. Auch hier in Oberösterreich“.

Bürgermeister:innen informieren über die Gefahr von Rechtsextremismus
438 Bürgermeister:innen in Oberösterreich – 438 bekennende Antifaschist:innen? Das Ziel ist, über Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Haltung zu zeigen und zu benennen: Rechtsextreme gefährden unseren Frieden.
Mit der Plakatkampagne **„Ich bin Antifaschist*in“** machen wir sichtbar, wie Antifaschismus im österreichischen Staatsvertrag verankert ist, was er bedeutet und warum faschistische und rechtsextreme Tendenzen in unseren Gemeinden keinen Platz haben. Ausgehend von den Gemeinden als Keimzelle unserer Demokratie entsteht hier das Potential durch eine klare antifaschistische Haltung Menschen im ganz Land zusammenzubringen.

Peter Schobesberger (SPÖ) – Bürgermeister Vöcklabruck: „Demokratie, Sicherheit und ein respektvolles Miteinander sind die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Als Bürgermeister ist es mir wichtig, dass wir diese Werte über Parteigrenzen hinweg schützen und uns klar gegen Extremismus und Gewalt stellen.“

Bei **Veranstaltungen** wollen wir ins Gespräch kommen und alle Menschen dazu einladen, ihren Teil zu einem friedlichen Zusammenleben für alle beizutragen. Wir möchten außerdem Bürgermeister*innen aus möglichst vielen Gemeinden für die Initiative gewinnen.

Ines Schiller (SPÖ) – Bürgermeisterin Bad Ischl: „Antifaschismus bedeutet für mich, Verantwortung zu übernehmen – für unsere Demokratie, für Menschlichkeit und für ein respektvolles Miteinander. Gerade als Bürgermeisterin ist es mir wichtig, Haltung zu zeigen und klar gegen Ausgrenzung, Hass und jede Form von Extremismus aufzutreten. Wegschauen war und ist keine Option“

Initiative von Bündnis und Mauthausen Komitee
Initiiert wird die Initiative vom Bündnis Vöcklabruck gegen Rechts und dem Mauthausen Komitee Vöcklabruck. Sonja Lang vom *Bündnis Vöcklabruck gegen Rechts*: „Das was unsere Initiative vereint, ist die Überzeugung, dass Rechtsextremismus unsere Demokratie und unseren Frieden bedroht. Mit der Inititative gegen Rechtsextremismus

in OÖ machen wir genau das Gegenteil: wir bringen Menschen zusammen und finden Gemeinsamkeiten, auch wenn wir nicht überall dieselben Positionen haben.“

Hanna Bauer - Mauthausen Komitee Vöcklabruck: "Der antifaschistische Auftrag des österreichischen Staatsvertrags ist für die Arbeit des Mauthausen Komitees fundamental. Gerade weil Antifaschismus heutzutage immer mehr in Verruf gerät, muss deutlich gemacht werden, dass es nichts anderes bedeutet als den aktiven Einsatz für Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte und den Schutz gesellschaftlicher Vielfalt."

Frederik Schmidsberger – Mauthausen Komitee Vöcklabruck: Ich bin Antifaschist, weil ich im Umgang mit Menschen das gemeinsame vor das Trennende stelle. Ich bin Antifaschist, denn ich habe gelernt, dass man für den Erhalt von Demokratie und Freiheit aktiv sein muss.

Pressemitteilung Ende

Ansprechperson:

Nicolas Lang

nic.lang@edumail.at

+ 43 664 144 0649